
FIW-Research Reports

Jänner 2021

Policy Note

Die Auswirkungen des Brexit auf Österreichs Wirtschaft

Authors: Harald Oberhofer, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr
Research Assistance: Irene Langer

Diese Studie liefert ein Update zu den 2017 berechneten Handels- und Wohlfahrtseffekten des Brexit für die österreichische und die britische Wirtschaft ("Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit. A Panel Data Structural Gravity Model"). Die Schätzung erfolgt mit einem strukturellen Gravitationsmodell auf disaggregiertem Branchenniveau. Die Studie vergleicht die ökonomischen Folgen des am 24. Dezember 2020 vereinbarten Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich mit den Handels- und Wohlfahrtseffekten aus einem unregulierten Ausscheiden des Vereinigten Königreichs. Demnach dämpft das Freihandelsabkommen die negativen bilateralen Handelseffekte, kompensiert sie jedoch nicht vollständig. Das Vereinigte Königreich ist vom Ausscheiden deutlich stärker als Österreich betroffen. Die größten negativen Handelseffekte zeigen sich für den Agrarsektor sowie in der für den bilateralen Handel wichtigen Kfz-Branche.

Keywords: Brexit, Handelspolitik, Handelseffekte, Österreich, Vereinigtes Königreich.

JEL-codes: F13, F14, F15

Commissioned by:

 Federal Ministry
Republic of Austria
Digital and
Economic Affairs

Austrian Institute of Economic Research
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Policy Note:

Die Auswirkungen des Brexit auf Österreichs Wirtschaft

Harald Oberhofer, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr

Abstract: Diese Studie liefert ein Update zu den 2017 berechneten Handels- und Wohlfahrtseffekten des Brexit für die österreichische und die britische Wirtschaft ("Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit. A Panel Data Structural Gravity Model"). Die Schätzung erfolgt mit einem strukturellen Gravitationsmodell auf disaggregiertem Branchenniveau. Die Studie vergleicht die ökonomischen Folgen des am 24. Dezember 2020 vereinbarten Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich mit den Handels- und Wohlfahrtseffekten aus einem unregulierten Ausscheiden des Vereinigten Königreichs. Demnach dämpft das Freihandelsabkommen die negativen bilateralen Handelseffekte, kompensiert sie jedoch nicht vollständig. Das Vereinigte Königreich ist vom Ausscheiden deutlich stärker als Österreich betroffen. Die größten negativen Handelseffekte zeigen sich für den Agrar-sektor sowie in der für den bilateralen Handel wichtigen Kfz-Branche.

Jel Codes: Brexit, Handelspolitik, Handelseffekte, Österreich, Vereinigtes Königreich.

Keywords: F13, F14, F15

Hintergrund der Studie

Am 24. Dezember 2020 einigten sich die Europäische Union (EU) und das Vereinigte Königreich auf ein Nachfolgehändlerabkommen zur auslaufenden britischen Binnenmarktzugehörigkeit. Das Vereinigte Königreich hat die EU mit 1. Februar 2020 verlassen. Durch die Festlegung einer Übergangsfrist blieb das Vereinigte Königreich bis Jahresende 2020 noch im europäischen Binnenmarkt. Mit 1. Jänner 2021 00:00 Uhr mitteleuropäischer Zeit endete diese Übergangsfrist. Wäre bis dahin keine Einigung über ein Handelsabkommen erzielt worden, hätten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der britischen Insel und der EU auf Basis des Rechtsrahmens der Welthandelsorganisation (WTO) geregelt werden müssen. Der vereinbarte Handelsvertrag erlaubt eine deutlich stärkere Kooperation zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, fixiert das Absehen von mengen- und zollmäßigen Handelsbeschränkungen und verhinderte den "No-Deal"-Brexit.

Das Vereinigte Königreich und Österreich pflegen historisch lange Wirtschaftsbeziehungen. Im bilateralen Handel nimmt das Vereinigte Königreich für Österreich eine wichtige, jedoch keine herausragende Bedeutung ein. So bildete das Vereinigte Königreich im Jahr 2019 mit einem Anteil von rund 2,9% aller Warenexporte den neuntwichtigsten Zielmarkt für die österreichische Außenwirtschaft. Für die österreichischen Dienstleistungsexporte war das Vereinigte Königreich der fünftwichtigste ausländische Absatzmarkt (Oberhofer et al., 2021). Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sind für die österreichische Außenwirtschaft somit durchaus von einer gesamtwirtschaftlichen Relevanz. In den nächsten Jahren werden die zukünftigen wirtschafts- und handelspolitischen Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die Entwicklung des bilateralen Handels zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich nehmen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie (Oberhofer et al., 2021) die Handels- und Wohlfahrtseffekte des Brexit, berücksichtigt zum ersten Mal in der empirischen Abschätzung die Folgen des abgeschlossenen Handelsabkommens und bietet somit ein Update zu früheren Berechnungen. Im Fokus der Studie stehen die Handels- und Wohlfahrtseffekte für die österreichische und die britische Wirtschaft. Die zu erwartenden Effekte des Handelsabkommens werden mit dem Alternativszenario des "No-Deal"-Brexit verglichen, sodass eine Einschätzung der Kostenreduktion durch das Handelsabkommen im Vergleich zum Scheitern der Gespräche möglich wird.

Methodische Vorgangsweise und verwendete Daten

Die Studie verwendet ein strukturelles Gravitationsmodell in Verbindung mit einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell zur Abschätzung der Handels- und Wohlfahrtseffekte des Brexit. Der bisherigen Literatur folgend (siehe z. B. Oberhofer – Pfaffermayr, 2021) wird mit dem Gravitationsmodell der Effekt der EU-Mitgliedschaft berechnet und durch einen Umkehrschluss der Handelseffekt eines Austritts aus dem europäischen Binnenmarkt bestimmt.

Die berechneten Parameter fließen anschließend in zwei Szenarioanalysen zur Berechnung der Handelseffekte des britischen Austritts ein. Im "No-Deal"-Szenario hätte das Vereinigte Königreich die EU verlassen und kein Handelsabkommen abgeschlossen. Für das Handelsabkommensszenario werden Daten über die "Tiefe" von Freihandelsabkommen aus der Design of Trade Agreements Datenbank (DESTA) herangezogen. Auf Basis der vorliegenden Informatio-

nen über das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wird angenommen, dass das neue Abkommen weitreichender ist als alle bisher von der EU abgeschlossenen Abkommen mit anderen Drittstaaten wie etwa Kanada oder Japan.

Zur Berechnung der Handelseffekte werden sowohl grenzüberschreitende als auch inländische Waren- und Dienstleistungsströme aus der Trade in Value Added Datenbank der OECD (TiVA) herangezogen. Diese Datengrundlage erlaubt die Abschätzung der ökonomischen Folgen des Brexit auf detaillierter Branchenebene. Konkret stehen für die Untersuchung der Agrarsektor insgesamt, 14 Branchen der Sachgütererzeugung sowie sechs Dienstleistungsbranchen zur Verfügung.

Hauptergebnisse

Mit Ausnahme des Dienstleistungshandels kann der neue Handelsvertrag die negativen Handelseffekte des Brexit reduzieren. Durch das Handelsabkommen wird der bilaterale Handel in der Sachgütererzeugung am wenigsten stark betroffen sein. Insgesamt wird das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus dem Binnenmarkt jedoch den bilateralen Handel zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich deutlich reduzieren. In den meisten Bereichen werden darüber hinaus die britischen Exporte nach Österreich relativ betrachtet stärker rückläufig sein, als dies umgekehrt für die österreichischen Exporte in das Vereinigte Königreich der Fall sein wird.

Vergleicht man die Berechnungen auf Branchenebene, so zeigt sich eine besondere Betroffenheit des Agrarsektors. In diesem Sektor sind die Handelseffekte besonders hoch. So reduzieren sich durch das Nachfolgeabkommen die britischen Exporte von Agrargütern nach Österreich um rund 46%. Im Gegenzug müssen die österreichischen Agrargüterproduzenten auch mit einem Rückgang der Exporte in das Vereinigte Königreich um rund 23% rechnen. Durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus dem Binnenmarkt verliert die EU einen wichtigen Netto-Importeur von Nahrungsmitteln aus anderen EU-Ländern. Der Rückgang des bilateralen Handels mit dem Vereinigten Königreich wird zu mehr verfügbaren Lebensmitteln innerhalb der EU führen und als Folge den Wettbewerb im EU-Agrarsektor erhöhen. Im Ergebnis führt dies zu negativen Effekten für den Export österreichischer Agrarprodukte in die verbleibenden EU-Mitgliedsländer.

In der Sachgütererzeugung sind in allen Branchen die negativen Exporteffekte für das Vereinigte Königreich stärker ausgeprägt als für Österreich. Die einzige Ausnahme bildet der "Sonstige Fahrzeugbau", in dem mit einem negativen Exporteffekt von 10,5% für Österreich und 10,6% für das Vereinigte Königreich ähnlich große Handelseffekte des Brexit zu erwarten sind. In der für den bilateralen Warenhandel bedeutsamsten Branche "Kraftwagen und Kraftwagenteile" sinken die österreichischen Exporte deutlich geringer, als dies für das Vereinigte Königreich der Fall ist. Auf Basis des verwendeten allgemeinen Gleichgewichtsmodells kann man von einem Rückgang der österreichischen Kraftwagenexporte in das Vereinigte Königreich von rund 5,7% ausgehen. Die britischen Kfz-Exporte nach Österreich könnten sich um rund 13% reduzieren. Die stärkere Brexit-Betroffenheit der britischen Kraftwagenproduzenten wird zu einer Vergrößerung des bilateralen Handelsbilanzdefizits des Vereinigten Königreichs mit Österreich beitragen.

Im bilateralen Dienstleistungshandel zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich dürften mit den "Finanzdienstleistungen" und den "Sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen" zwei österreichische Branchen vom Brexit stärker betroffen sein, als das umgekehrt für das Vereinigte Königreich der Fall ist. So verringern sich laut Modellberechnungen durch das britische Ausscheiden aus dem Binnenmarkt die österreichischen Finanzdienstleistungsexporte in das Vereinigte Königreich um rund 14%. Die österreichischen Finanzdienstleistungsimporte aus dem Vereinigten Königreich dürften um etwa 9% zurückgehen. Bei den "Sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen" ergibt die Schätzung einen Rückgang von 13,3% für die österreichischen Exporte in das Vereinigte Königreich und einen Importeffekt von –9,6% für Dienstleistungen aus dem Vereinigten Königreich.

In Bezug auf die durch den Brexit verursachten Veränderungen des Inlandshandels und der Realeinkommen zeigen sich für das Vereinigte Königreich die größten Effekte im Agrarsektor. So könnte im Vereinigten Königreich die heimische Produktion von Agrargütern um rund 9% steigen. Agrarimporte aus dem EU-Binnenmarkt werden durch den Brexit teurer. Dies schafft Anreize für britische Unternehmen, die (relativ ineffiziente) Produktion auszuweiten. Die zusätzliche Produktion von heimischen Lebensmitteln wird allerdings nicht ausreichen, um die reduzierten EU-Importe vollständig kompensieren zu können. Als Folge werden die Preise für Agrarprodukte im Vereinigten Königreich steigen. Dies führt zu einem Realeinkommensverlust für die KonsumentInnen in Höhe von etwa 3,4%. In der Sachgütererzeugung zeigt sich der stärkste Anstieg des britischen Inlandshandels im Bereich der Kfz-Produktion. Dieser könnte auf Basis der Modellberechnungen um rund 5,2% ansteigen. Die höchsten negativen Wohlfahrtseffekte ergeben sich in der britischen Sachgütererzeugung in den Branchen "Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse", "Metallerzeugung und Metallbearbeitung" sowie "Kraftwagen und Kraftwagenteile". Für die österreichische Wirtschaft sind sowohl die Inlandshandelseffekte als auch die Realeinkommenseffekte durch das Nachfolgeabkommen sehr gering und deuten im Einklang mit bisherigen Studien auf eine nur geringe Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft durch den Brexit hin.

Als Folge des reduzierten bilateralen Dienstleistungshandels durch das Nachfolgeabkommen dürften im Vereinigten Königreich vor allem die Realeinkommen im Immobilienbereich relativ stark sinken. Im Gegensatz hierzu deuten die Modellergebnisse auf einen positiven Wohlfahrtseffekt für die bereits global sehr bedeutsame britische Finanzbranche hin. Die positiven Brexit-Effekte für diese Branchen werden jedoch nicht in der Lage sein, die gesamtwirtschaftlichen negativen Handelseffekte durch den Austritt aus dem Binnenmarkt vollständig kompensieren zu können. In der österreichischen Finanzdienstleistungsbranche ergibt sich durch den gesunkenen Wettbewerb nach dem Brexit ein negativer Realeinkommenseffekt für die KonsumentInnen solcher Produkte.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Für das Vereinigte Königreich entstehen auf Basis der Modellberechnungen durch den Brexit jedenfalls Kosten und Wohlfahrtseinbußen. Die britische Wirtschaft wird den Austritt aus dem Binnenmarkt stärker spüren, als dies für die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer der Fall sein wird. In nur sehr vereinzelten Ausnahmefällen wird der Brexit die britischen Branchen weniger belasten, als dies für die österreichische Wirtschaft der Fall sein wird. Das Nachfolgehandelsabkommen ist jedoch in der Lage, den wirtschaftlichen Schaden durch den Brexit im Vergleich zu

ungeregelten Handelsbeziehungen deutlich zu reduzieren. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive ist dieser Vertrag somit zu begrüßen. Die endgültige Ratifikation durch das Europäische Parlament und die einzelnen nationalstaatlichen Parlamente steht noch aus. Eine Zustimmung ist aus einer handelsökonomischen Perspektive und auf Basis der Studienergebnisse wünschenswert.

Die Studienergebnisse zeigen, dass eine weitreichende Bindung der britischen Volkswirtschaft an den europäischen Binnenmarkt die negativen Folgen des Brexit reduzieren jedoch nicht vollständig kompensieren kann. Für die zukünftige Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wird es somit entscheidend sein, wie viele Gemeinsamkeiten gefunden werden können, und inwiefern eine harmonisierte Politikgestaltung möglich sein wird. Weicht die britische Gesetzgebung in Zukunft beispielsweise von den Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Umweltstandards der EU ab, so wird das zu weniger liberalisierten Handelsbeziehungen führen. Dies hätte dann zusätzliche Kosten, vor allem für die britische Volkswirtschaft, zur Folge.

Ein weiterer wirtschaftspolitisch relevanter Aspekt betrifft die zukünftige Handelspolitik des Vereinigten Königreichs und der EU. Das Vereinigte Königreich kann seit dem Austritt aus der EU mit Anfang Februar 2020 eigenständig Handelsverträge verhandeln und abschließen. Trotz der COVID-19-Krise war die britische Regierung in diesem Bereich im letzten Jahr nicht untätig und auch durchaus erfolgreich. Dies zeigt sich etwa durch die Abkommen mit Japan, Kanada und Mexiko. Die USA spielen als weltweit größte Volkswirtschaft für den Abschluss von neuen Handelsabkommen sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich eine wichtige Rolle. Es wird zu beobachten sein, ob die EU oder das Vereinigte Königreich erfolgreicher und schneller neue Handelsverträge vereinbaren wird können. Für das Vereinigte Königreich sind neue Handelsabkommen wichtig, da diese die ökonomischen Kosten des Austritts aus dem Binnenmarkt reduzieren können. Handelsverträge bringen verbesserte Marktchancen und auch billigere Importe, zum Beispiel von Agrarprodukten. Die Verhandlungen von Handelsabkommen durch die EU gestalten sich oftmals sehr langwierig, und der Ratifizierungsprozess ist aufwendig und zeitintensiv. Hier könnte das Vereinigte Königreich agiler vorgehen, und gegebenenfalls zu einem ernstzunehmenden "Konkurrenten" der EU werden. Für die EU sprechen allerdings die Marktgröße und die Erfahrung in Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit neuen potentiellen Partnerländern.

Literaturhinweise

Oberhofer, H., Pfaffermayr, M. (2021), "Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model", *Canadian Journal of Economics*, erscheint demnächst.

Oberhofer, H., Pfaffermayr, M., Wolfmayr, Y. (2021), Die Auswirkungen des Brexit auf Österreichs Wirtschaft, WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMWD).